

● **Schwerpunkt »Globalisierung gestalten«**

Wälder sollen wachsen – nicht weichen

Über den geplanten Wald-Aktionsplan der EU gegen die Klima- und Biodiversitätskrise und den Aufbau »entwaldungsfreier Lieferketten« in der Lebensmittelproduktion

von Jannes Stoppel

Wälder sind wahre Alleskönner, wenn es ums Klima geht. Sie speichern fast die Hälfte des an Land gebundenen Kohlenstoffs, produzieren Sauerstoff und reinigen Luft und Wasser. Außerdem mildern sie Hitze, Frost, Trockenheit und Stürme ab. Im Kampf gegen CO₂-Emissionen sind sie unverzichtbar. Dennoch nimmt die globale Waldfläche weiterhin ab und überall auf der Welt degradieren die Wälder. Eine der Hauptursachen für die Waldvernichtung ist die Landwirtschaft. Wälder werden – insbesondere im globalen Süden – nach wie vor im großen Stil gerodet, vor allem um Weideflächen und Felder für den Futtermittelanbau zu schaffen – von denen dann überwiegend der Norden mit seiner Fleischwirtschaft profitiert. Wie könnten Waldschädigung und Entwaldung gestoppt werden? Welche Möglichkeiten bestehen, Lebensmittel ohne Schädigung der Wälder zu produzieren und sog. »entwaldungsfreie Lieferketten« aufzubauen und sicherzustellen? Die Verantwortung für diese Fragen wird allmählich auch auf EU-Ebene wahrgenommen. Die EU-Kommission arbeitet zurzeit an einem entsprechenden Aktionsplan, dessen erste Entwürfe bereits vorliegen und diskutiert werden. Der folgende Beitrag berichtet vom aktuellen Stand der Debatte und beschreibt die wichtigsten Eckpunkte eines zukünftigen EU-Aktionsplanes sowie der Bemühungen, entwaldungsfreie Lieferketten in der Lebensmittelproduktion aufzubauen.

Die Landwirtschaft ist weltweit eine der Hauptursachen für Waldvernichtung. Auch bei uns in Deutschland wurden die meisten Wälder gerodet, um Nahrungsmittel zu erzeugen. Nun hilft es wenig, etwa den Landwirten alleine die Schuld für Waldzerstörung zu geben. Denn sie produzieren Nahrungsmittel für uns Verbraucher. Doch der Druck auf die Wälder nimmt auch unangesehen der Lebensmittelproduktion zu: Denn auch für andere Konsumgüter werden immer mehr Agrarprodukte erzeugt: Agrartreibstoffe, Öle und Fasern für technische Anwendungen und im Rahmen einer wachsenden Bioökonomie auch zunehmend pflanzliche Rohstoffe für die chemische Industrie. Inzwischen so viel, dass für Wälder immer weniger Platz bleibt.

Der Verlust der globalen Waldfläche und die Degradierung ökosystemischer Leistungen haben viele negative Folgen. Und die europäische Staatengemeinschaft trägt mit ihrem großen Hunger an Rohstoffen und Waren, die in Zusammenhang mit dieser globalen Entwicklung stehen, zu zwei der größten globalen Krisen der Menschheit bei. Die eine ist die Klimakrise,

die andere das Artensterben und der Verlust an Biodiversität. Beide gefährden die Art und Weise, wie wir uns ernähren und wie wir auf dem Planet Erde leben können. Es geht nicht nur um die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme, die es uns erlaubt, Landwirtschaft unter veränderten klimatischen Bedingungen zu betreiben. Es geht auch darum, wie wir der Natur helfen können, ihre Ökosystemleistungen, z. B. ihre Speicherfähigkeit für Kohlenstoff, wieder zu verstärken, statt sie stets weiter abzubauen.

Man schätzt, dass elf Prozent der globalen Treibhausgasemissionen durch Entwaldung und Zerstörung der Wälder entstehen.¹ Wenn wir das in Paris vereinbarte Ziel einhalten wollen, die Zunahme der globalen Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, dann müssen die jährlichen Emissionen spätestens ab 2020 drastisch sinken. Die Regierungen müssen deshalb unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um die Entwaldung und die Zerstörung der Wälder aufzuhalten. Gleichzeitig muss die Restaurierung geschädigter Wälder und abgeholzter Flächen verstärkt werden, um die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre deutlich

zu senken. Aus unserer Sicht sind hierfür der Schutz intakter Waldökosysteme und die natürliche Regenerierung und ökologische Restaurierung von Sekundärwäldern die ökologisch verträglichsten Methoden.² Sie sind die besten Lösungen, diese Klimaschutzaufgabe im Einklang mit dem Artenschutz sozialverträglich zu gestalten. Wir müssen somit intakte Waldökosysteme erhalten und den Kohlenstoffspeicher Wald schützen.³

Die Politik reagiert – zu langsam

Die EU steht in der Verantwortung, den beiden oben genannten Krisen in einer internationalen Führungsrolle etwas entgegenzusetzen. Und dafür ist es höchste Zeit. Das UN-Nachhaltigkeitsziel 15 der Agenda 2030 zielt darauf ab, die Entwaldung bis 2030 gestoppt zu haben. Auch das Pariser Klimaschutzabkommen unterstreicht die Dringlichkeit, Emissionen aus allen Sektoren drastisch zu verringern. Noch aber importiert die EU weiterhin Agrarprodukte, für deren Herstellung Wälder zerstört werden (die also nicht »entwaldungsfrei« sind). Diese billigen Agrarrohstoffe sind gleichsam das Futter für eine Fleischproduktion in der EU, die ebenfalls ihre Treibhausgasemissionen drastisch reduzieren müsste. So tragen wir hier in der EU die Mitverantwortung für Waldverluste vor allem in Südamerika, Afrika und Süd-Ostasien. Dieser Mechanismus, der den Klimawandel weiter fördert, soll nun hoffentlich reguliert und unterbunden werden.

Bereits 2013 hat das Europäische Parlament gefordert, dass die Europäische Kommission die Entwicklung eines EU-Aktionsplans zur Entwaldung und Waldschädigung im Rahmen des Europäischen Umweltprogrammes 2020 (7EAP) prüft.⁴ Ein paar EU-Länder prägen das ehrgeizige Vorhaben, die Entwaldung aus den Lieferketten der importierten Agrarrohstoffe zu eliminieren. Auch Deutschland hat neben anderen Regierungen, Firmen und NGOs in der »New York Declaration on Forests«⁵ mit seiner Zusage für mehr Waldschutzbemühungen bereits 2014 ein Zeichen gesetzt. Seit der sog. »Amsterdamer Erklärung«, einer Initiative während der Klimaverhandlungen von Paris 2015, haben sich fünf EU-Länder (Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Dänemark, das Vereinigte Königreich und Norwegen) dafür eingesetzt, den Import von Agrarrohstoffen, die mit Entwaldung in Verbindung stehen, in ihre Länder bis 2020 zu verhindern und somit den Prozess für eine EU-weite Marktregulierung in die Diskussion gebracht.⁶

Die EU-Kommission wurde von diesen Ländern aufgefordert, einen entsprechenden Fahrplan für Maßnahmen der EU vorzulegen. Infolgedessen hat die Kommission ein Konsortium von Beratern beauftragt, die Machbarkeit eines Aktionsplans zu bewerten und die politischen Optionen der EU zur Verrin-

gerung der globalen Entwaldung und der Waldschädigung weiter zu definieren und zu bewerten. Auf einer hochrangigen Konferenz in Brüssel zum Thema entwaldungsfreie Lieferketten legte die EU-Kommission im Juni 2017 den ersten Entwurf der Machbarkeitsstudie vor⁷ und forderte die Beteiligten auf, ein Feedback zu geben. Neun Umweltorganisationen, darunter Greenpeace, Transparency International und der WWF, haben in einem Brief an die Kommission dazu Stellung genommen und Vorschläge gemacht, wie ein zukünftiger EU-Aktionsplan aussehen müsste.⁸ Über den Sommer wurde der Inhalt der Studie nun überarbeitet, um die Kommentare der Akteure zu reflektieren. Eine abschließende Version wird für Ende 2017 erwartet.

Mögliche Interventionen

Der Entwurf der Machbarkeitsstudie beschreibt eine Reihe möglicher Interventionen, die unter den Kategorien *Angebotsseite*, *Nachfrageseite* sowie *Investitions- und Finanzierungsmaßnahmen* organisiert sind. Diese Interventionen müssten Teil eines EU-Aktionsplans zur Verringerung des »Entwaldungsfußabdruckes« der EU sein.

Auf der *Angebotsseite* werden in der Entwurfsstudie drei Interventionen genannt. Darunter fällt z.B. die technische Unterstützung von Kleinbauern aus den Risikogebieten Asiens, Afrikas und Südamerikas. So will man technische Hilfe zur Verbesserung der Regels-, Strafverfolgungs- und Überwachungsstrukturen in den regionalen und nationalen Regierungsinstitutionen der relevanten Länder fördern. Die Strukturen sollten darauf ausgelegt werden, dass sie mit einer verbesserten Umsetzung von REDD (Reduction of Emissions from Deforestation and Degradation)⁹ Klimaschutzprojekte unterstützen und verbesserte Grundlagen für bilaterale Partnerschaftsvereinbarungen unter dem Vorbild der Vereinbarungen von FLEGT beim Holzhandel (Forest Law Enforcement, Governance and Trade)¹⁰ fördern würden. Für die Kontrolle des Handels mit waldbezogenen Risikorohstoffen, sog. Forest Risk Commodities (FRCs), wie z.B. Soja oder Palmöl werden diese bilateralen Abkommen mit den Produktionsländern als unterstützungswerte Interventionsmöglichkeiten gesehen.

Diese Interventionsmöglichkeiten zielen darauf ab, zerstörerische und nicht nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken, unzureichende Regierungsführung (Korruption, Intransparenz, fehlende Rechtsstaatlichkeit) und schwache Strafverfolgung zu bekämpfen. Durch sie sollen zudem verbesserte Rückverfolgbarkeits- und Legalitäts- bzw. Nachhaltigkeitskontrollsysteme für Agrarrohstoffe eingeführt und für den (EU)-Markt garantiert werden können.

Auf der *Nachfrageseite* werden in dem Entwurf der Studie zwölf Interventionsmöglichkeiten genannt, von denen die wichtigsten Vorschläge hier genannt seien:

- Eine Sorgfaltspflichtregelung für Firmen, die FRCs wie Soja und Palmöl auf den EU-Markt bringen.
- Eine weitere Stellschraube könnten niedrigere Einfuhrzölle und eine klare Bevorzugung in den öffentlichen Beschaffungsrichtlinien für nachhaltig erzeugte Produkte sein.
- Initiativen für einen geringeren Verbrauch von Agrarrohstoffen, speziell die Verringerung des auch gesundheitlich bedenklichen Fleisch- und Zuckerkonsums, zielen auf ein Umdenken auch in der Bevölkerung ab.
- Maßnahmen zur Verringerung der Abhängigkeit von Futtermportern sollten so umgesetzt werden, dass die Landwirtschaft, die ländliche Bevölkerung und die natürliche Artenvielfalt davon profitieren.
- Und die Nachhaltigkeitskriterien für Bioenergieerzeugnisse müssen dringend von der Erneuerbaren-Energie-Richtlinie der EU aufgegriffen werden. Eine weitere unüberlegte Verfeuerung von Palmöl und anderer Biomasse ist nicht zukunftsfähig, da wir Emissionen dringend verringern müssen. Ein schlichter Brennstoffwechsel bringt da wenig.

Diese Interventionsmöglichkeiten zielen teilweise darauf ab, nachhaltig erzeugte Waren besser zu fördern, speziell auch in den internationalen Handelsbeziehungen der EU. Dafür braucht es aber auch eine Sensibilisierung der Verbraucher, Verantwortung für ihren (Fleisch- und Bioenergie-) Konsum zu übernehmen und die Rolle von Risikoprodukten wie Soja und Palmöl zu verstehen, die bisher durch stark zerstörerische landwirtschaftliche Praxis erzeugt wurden. Auch für die verstärkte Erzeugung von pflanzlichem Eiweiß in der EU brauchen wir ein gründliches Umdenken in der Landnutzung. Hierbei geht es um eine Neudefinition der Wertschöpfungskette von landwirtschaftlich nachhaltig produzierten Produkten und Rohstoffen – auch innerhalb der EU.

Auf der *Investitions- und Finanzseite* werden in der Entwurfsstudie zwei Interventionen genannt. Zum einen könnte eine nachhaltige und entwaldungsfreie Landwirtschaft durch Finanzierungsmechanismen stärker gefördert werden. Zum anderen könnte im Gegenzug eine obligatorische Offenlegung von Informationen über die Verstrickungen von Finanzinvestitionen im Zusammenhang mit der Herstellung oder der Verarbeitung von Produkten, die eine Verbindung zu Waldzerstörung aufweisen, ein Verbot dieser Investitionen zur Folge haben.

All diese Interventionsmöglichkeiten zielen darauf ab, mehr Geld für Investitionen in nachhaltige

und entwaldungsfreie Landwirtschaft bereitzustellen, damit wirtschaftliche Alternativen entwickelt und unterstützt werden können. Es ist längst überfällig, dass die unzureichende Kontrolle der Finanz- und Investitionsströme aus der EU politisch stärker adressiert wird.

Was fehlt für einen erfolgreichen Aktionsplan?

Es ist zu hoffen, dass die EU-Kommission die Entwicklung eines Aktionsplanes auf der Basis der finalen veröffentlichten Machbarkeitsstudie veranlassen wird. Da es starke Stimmen dagegen gibt, ist es noch fraglich, ob die Kommission genug Druck von den progressiven Mitgliedstaaten bekommt, diesen Entwicklungsprozess 2018 anzustoßen. Zudem ist abzuwarten, ob die finale Version der Machbarkeitsstudie einige zentrale Kritikpunkte aufgreift und ob diese dann wiederum Gehör in der Entwicklung des Aktionsplanes finden würden. Die folgenden Punkte sollten aber dringend bedacht werden:

Die EU ist mit einem Anteil von 29 Prozent bzw. 18 Prozent an den Gesamtexporten der größte Importeur von Soja- und Palmöl, das aus vielen Teilen der Welt stammt (z. B. Argentinien bzw. Indonesien und Malaysia). Als wichtiger Wirtschaftsakteur spielt die EU eine größere Rolle als viele andere Regionen, vielleicht mit der bemerkenswerten Ausnahme von China. Die EU sollte ihre Verantwortung anerkennen und mit dem Aktionsplan ein starkes Signal an die Weltwirtschaft senden.

Die Ziele des Aktionsplans sollten mit den nachhaltigen Entwicklungszielen der Vereinten Nationen (SDGs), den Zielen der Konvention zum Erhalt der Biologischen Vielfalt (CBD) und dem Pariser Klimaabkommen übereinstimmen, das die globale Erwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen versucht. Damit sollte auch das Nachhaltigkeitsziel (SDG) 15 berücksichtigt werden. Dies zielt auf die Erhaltung, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung von terrestrischen und Binnensüßwasserökosystemen ab. Damit sollen ihre Ökosystemleistungen, insbesondere von Wäldern, Feuchtgebieten, Bergen und Trockengebieten im Einklang mit den Verpflichtungen aus anderen internationalen Abkommen erhalten werden. Noch viel wichtiger ist aber, dass das Ziel 15 darauf abzielt, die Entwaldung bis 2030 zu stoppen, degradierte Wälder wiederherzustellen und Wiederbewaldung weltweit erheblich zu steigern. (Greenpeace fordert angesichts der Dramatik der aktuellen Klimaentwicklung einen Entwaldungsstopp bereits für 2020). Besonders ist bei der weiteren Diskussion darauf zu achten, dass der Aktionsplan auch die UN-Erklärung über die Rechte indigener Völker und des ILO-Übereinkommens Nr. 169 berücksichtigt.

Wälder nicht nur in Entwicklungsländern gefährdet

Die geografische Lage des Problems der Waldzerstörung wird in der Studie noch weitgehend auf die Waldregionen der Tropen begrenzt. Die Entwaldung ist in diesen Regionen besonders stark, aber die Waldverluste – beispielsweise durch die Gewinnung von Holzprodukten – passieren in praktisch allen Regionen der Welt und auch dies sollte thematisiert werden.

Das Argument, dass Nordamerika, China und Europa »stabiles oder wachsendes Waldland aufweisen«, rechtfertigt nicht, diese Regionen bei der Analyse und des darauf aufbauenden Aktionsplans auszuschließen. Auch hier gehen noch wertvolle Wälder verloren und werden allenfalls durch Holzplantagen ersetzt. Und der wachsende Holzverbrauch verringert die Chancen, etwa andere, waldärmere Regionen mit Holz zu versorgen. Waldschädigung beschränkt sich ja nicht nur auf eine Verminderung der gesamten Waldfläche. Die Tatsache, dass es in den USA, China und der EU »stabile oder wachsende Waldflächen« gibt, sagt auch nichts über den Zustand dieser Wälder, über ihren Grad der Degradierung und den Verlust an Biodiversität aus – von den Kohlenstoffvorräten und ihrer Fähigkeit, Kohlenstoff zu speichern, ganz zu schweigen. Viele Wälder, einschließlich in Nordamerika und Europa, bieten ein erhebliches Potenzial zur Wiederherstellung ihrer Biodiversität und ihrer Kohlenstoffbestände durch CO₂-Bindung. Gerade diese Wälder wurden seit Langem genutzt und ausgelaugt und haben somit also ein erhebliches Potenzial, im Rahmen der 1.5 Grad-Debatte bis Ende des Jahrhunderts, CO₂ zu binden – wenn wir sie wieder wachsen lassen.

Legale Abholzung ist nicht besser

Reden wir über legale oder illegale Waldzerstörung? Die Definition des Problems in der Kommissionsstudie führt dazu, dass man sich bei den politischen Handlungsmöglichkeiten auf die Bekämpfung illegaler Entwaldung konzentriert. Ob ein Wald legal oder illegal abgeholzt wird, macht aber hinsichtlich der CO₂-Emissionen und des Verlustes an biologischer Vielfalt keinen Unterschied. Mit dem Pariser Klimaabkommen, den SDGs und der Amsterdamer Erklärung werden die allgemeinen Ziele der Verringerung der Emissionen aus der Entwaldung auch im Zusammenhang mit dem Agrarrohstoffhandel *ohne* Rücksicht auf ihre Rechtmäßigkeit oder Rechtswidrigkeit verfolgt. Die künftige EU-Politik muss ebenfalls diesen guten Ansatz verfolgen.

Die EU sollte insbesondere versuchen, einen politischen und rechtlichen Rahmen für die Produktion, den Handel und die Nutzung der Rohstoffe zu schaffen, die zu Waldzerstörungen führen können. Dafür

müssen die institutionellen Regierungs- und Überwachungsstrukturen gestärkt werden, um die Einhaltung der geltenden Vorschriften in den Erzeugerländern sowie auf EU- und internationaler Ebene zu gewährleisten und sie zu verbessern. Zentral dafür ist es, sicherzustellen, dass der Verbrauch (insbesondere von Fleisch) innerhalb nachhaltiger Grenzen liegt. Es braucht zudem verbindliche Nachhaltigkeitskriterien für Produkte, die auf dem europäischen Markt in Verkehr gebracht werden. Diese Nachhaltigkeitskriterien müssen über die »Rechtmäßigkeit« hinaus entwickelt und implementiert werden – mindestens sollten sie aber in einem baldigen ersten Schritt »entwaldungsfreie« Produktions- und Handelsketten garantieren.

Eine Reihe von positiven und negativen Anreizen ist also nötig, um die Treiber der Waldzerstörung zu bekämpfen. Steuern, Einfuhrzölle, finanzielle Unterstützungsmechanismen, Sorgfaltspflichten für EU-Banken und Finanzinstitute, aber auch klare Handelsregeln

Folgerungen & Forderungen

- Die EU ist ein bedeutender Absatzmarkt, eine Handelsmacht und eine internationale Finanzdrehscheibe. Deshalb muss sie dringend rechtlich verbindliche Sofortmaßnahmen ergreifen, um entwaldungsfreie Lieferketten zu schaffen.
- Dort, wo Wälder zerstört werden, muss der Geldhahn zugedreht und müssen Finanzströme stattdessen in Richtung weltweiten Waldschutzes und Waldsanierung sowie in die Umsetzung ökologischer Anbaumethoden umgelenkt werden.
- Wir erwarten von der derzeitigen Kommission, dass sie einen ehrgeizigen Aktionsplan vorlegen wird, der einen deutlichen Beitrag für den Klimaschutz, die Biodiversität und die auf UN-Ebene vereinbarten nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) leisten wird. Auch soll gewährleistet sein, dass internationale Verpflichtungen und Menschenrechtsstandards respektiert werden.
- Dieser Aktionsplan muss zum Ziel haben, die Handelsketten von Risikoprodukten und die Importe auf den EU-Markt bis 2020 entwaldungsfrei zu gestalten und damit die Amsterdamer Erklärung und das nachhaltige Entwicklungsziel der UN, die Entwaldung bis 2030 aufzuhalten, schrittweise umzusetzen. Die globale Klimaentwicklung und der aktuelle Anstieg der CO₂-Emissionen machen eigentlich einen Entwaldungsstopp bereits bis 2020 erforderlich.
- Das Zeitfenster für den EU-Aktionsplan schließt in Kürze und die Kosten eines Scheiterns wären gewaltig. Die Kommission muss jetzt handeln, bevor ihr Mandat 2019 auslaufen wird.

müssen Teil des Aktionsplans sein. Nur so kann es gelingen, eine Begrenzung negativer ökologischer und sozialer Auswirkungen zu erzwingen und somit einen Wettbewerbsvorteil für nachhaltige und entwaldungsfreie landwirtschaftliche Produktion gegenüber der konventionellen zu erreichen. Dies würde auch dazu beitragen, eine kritische Investitionsmasse zu generieren.

Falls die EU die Entwicklung eines Aktionsplanes zur Bekämpfung der globalen Waldzerstörung auf den Weg bringt, sollte sie aus bisherigen Erfahrungen lernen. Einige Beispiele für nützliche Instrumente und erfolgreiche Initiativen gibt es bereits:

- Das Sojamositorium im brasilianischen Amazonasgebiet, ein wegweisendes Abkommen zwischen Regierung, NGOs und der Industrie, das den Marktzugang nur für Soja garantiert, das frei von Entwaldung, Sklavenarbeit oder Bedrohung für indigene Gebiete ist. Es hat die Entwaldung deutlich reduziert.
- Der »High Carbon Stock Approach«, eine standardisierte, globale Methodik zur Umsetzung des No-Deforestation-Ansatzes, sollte ebenfalls methodisch berücksichtigt werden. In der Praxis und fest in der neuesten wissenschaftlichen Literatur verankert, zeigt dieser Ansatz, wie die Zusammenarbeit zwischen NGOs, großen Plantagenbetreibern und Rohstofffirmen die tropische Abholzung beenden kann.
- Auch die Palm Oil Innovation Group (POIG), welche NGOs und führende Unternehmen zusammenbringt, um Innovationen und Verbesserungen im Management von Ölpalmlantagen und Ölmühlen zu fördern, sollte als wegweisendes Beispiel in die Entwicklung einfließen.

Wirklich »entwaldungsfreie« Agrarprodukte gibt es nicht

Die Etablierung entwaldungsfreier Lieferketten reicht alleine nicht aus, um die Waldzerstörung zu stoppen. Der zu hohe und wachsende globale Verbrauch an Agrarprodukten führt unweigerlich zu weiterer Entwaldung. Wenn nun der eine Teil der Verbraucher die »entwaldungsfreien« Agrarrohstoffe kauft, verbraucht eben der andere Teil der Bevölkerung die Rohstoffe, die aus frischer Entwaldung stammen. Nur wenn wir den *Gesamtverbrauch* verringern, können alle die Agrarprodukte kaufen, die aus »entwaldungsfreier« Erzeugung stammen. Und für diese sind, wie uns allen bewusst sein muss, bereits früher Wälder und andere Ökosysteme in Agrarflächen umgewandelt worden.

Ein ehrgeiziger Aktionsplan ist aber dennoch dringend notwendig und kann dabei helfen, das Problem zu lösen. Er muss drastische Maßnahmen einleiten, um die Entwaldung zu stoppen und die globalen Waldökosysteme wieder wachsen zu lassen.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht

- ▶ László Maráz: Sägen gegen den Treibhauseffekt – Wie Wälder das Klima retten sollen. In: Der kritische Agrarbericht 2017, S. 209–217.
- ▶ Gesche Jürgens und Jannes Stoppel: Der Raubbau geht weiter. Illegaler Holzeinschlag und -handel in Europa – trotz neuer Gesetze. In: Der kritische Agrarbericht 2015, S. 199–202.
- ▶ László Maráz: Auf Papiertiger kann man verzichten. Der Waldschwind geht weltweit weiter – Beispiele aus der internationalen Waldpolitik. In: Der kritische Agrarbericht 2015, S. 203–206.
- ▶ Norbert Suchanek und Stefanie Hess: Agrarproduktion – treibende Kraft für Tropenwaldzerstörung. In: Der kritische Agrarbericht 2014, S. 210–214.

Anmerkungen

- 1 Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC): Climate Change 2014: Synthesis Report. Contribution of Working Groups I, II and III to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Geneva 2014, p. 5. (www.ipcc.ch/pdf/assessment-report/ars5/syr/SYR_AR5_FINAL_full.pdf).
- 2 S. Kartha and K. Dooley: The risks of relying on tomorrow's »negative emissions« to guide today's mitigation action. Ed. by Stockholm Environmental Institute (SEI). Somerville 2016 (www.sei-international.org/mediamanager/documents/Publications/Climate/SEI-WP-2016-08-Negative-emissions.pdf).
- 3 Heinrich-Böll-Stiftung: Climate action in the land sector: Treading carefully – CLARA group briefing for climate negotiators. Berlin 2017 (www.boell.de/en/2017/04/26/climate-action-land-sector-treading-carefully-clara-group-briefing-climate-negotiators).
- 4 European Commission: Environment Action Programme to 2020 (<http://ec.europa.eu/environment/action-programme/>).
- 5 New York Declaration on Forests (<http://forestdeclaration.org/>).
- 6 Amsterdam Declaration »towards eliminating deforestation from agricultural commodity chains with European countries«. Amsterdam 2017 (www.euandgvc.nl/documents/publications/2015/december/7/declarations).
- 7 Draft: Feasibility study on options to step up EU action against deforestation (June 2017) Part I (http://illegallogging-deforestation-conference.eu/wp-content/uploads/2017/06/Draft_Feasibility_Study-PART_I-.pdf). – Part II (http://illegallogging-deforestation-conference.eu/wp-content/uploads/2017/06/Draft_Feasibility_Study-PART_II.pdf).
- 8 Stellungnahme vom 23. Mai 2017 (www.fern.org/sites/fern.org/files/NGO%20letter%20to%20EC-tackling%20illegal%20logging%20and%20deforestation.pdf).
- 9 REDD ist ein seit 2005 diskutiertes Konzept, das leistungsorientierte Zahlungen für mess- und überprüfbare Emissionsreduzierungen durch Wldschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern vorsieht.
- 10 FLEGT ist ein von der EU-Kommission 2003 verabschiedeter Aktionsplan, der das Ziel verfolgt, die Einfuhr von illegal geschlagenem Holz in die EU zu verhindern und so zur Bekämpfung des illegalen Holzeinschlags und einer nachhaltigeren Forstwirtschaft in den Holz exportierenden Ländern beizutragen.



Jannes Stoppel

Experte für Klimawandel, Wälder und Landnutzung bei Greenpeace Deutschland.

Greenpeace e.V.
Hongkongstr. 10, 20457 Hamburg
jannes.stoppel@greenpeace.de